Nr. 227 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 14. September 1920

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Anzeigenpreise:** Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13892 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

## Die unehrliche Volksbefragung in Eupen und Malmedy

Die deutsche Regierung hat dem Völkerbund, der sich bekanntlich morgen in seiner Sitzung zu Paris mit der Volksbefragung in Eupen und Malmedy befassen soll, eine Note zugehen lassen, in der sie in Anknüpfung an ihre früheren Noten nochmals die verschiedenen Punkte hervorhebt, die die vertragswidrige Handhabung der Volksbefragung durch die belgischen Behörden kennzeichnen. Dies sind: technische Undurchführbarkeit der Abstimmung, Beeinflussung der Stimmberechtigten, Vergeltungsmaßnahmen für die Ausübung des Stimmrechts, Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, Ausweisungen und Einschüchterung durch ein besonderes Lockspitzelsystem. Die Note fährt sodann u. a. fort:

„Es ist nur allzu begreiflich, daß alle diese Maßnahmen bei der Bevölkerung einen Zustand der Mutlosigkeit und Verängstigung geschaffen haben, der eine wahre Willensäußerung nicht aufkommen ließ. Wenn in dieser Beziehung noch ein Zweifel bestehen könnte, so wird er beseitigt durch das zahlenmäßige Ergebnis der Volksbefragung. Es liegt die als zuverlässig anzusehende Mitteilung vor, daß sich von den etwa 30 000 Stimmberechtigten insgesamt nur 272 Personen in die Listen eingetragen haben. Hierbei ist zu beachten, daß von diesen 272 Stimmen die Mehrzahl von Personen abgegeben worden ist, die inzwischen die Kreise verlassen haben, während von der angesessenen Bevölkerung nur wenige Dutzend abgestimmt haben. Berücksichtigt man demgegenüber, daß die Kreise Eupen und Malmedy niemals zu Belgien oder zu einem Staatengebilde gehört haben, das als Vorgänger des heutigen Belgiens angesehen werden könnte, daß der Kreis Eupen eine rein deutsche und der Kreis Malmedy eine zu vier Fünfteln deutsche Bevölkerung hat, daß die Gebiete nach Sprache und Kultur deutsch sind, daß ihre wirtschaftlichen und kirchlichen Interessen gebieterisch ihr Verbleiben bei Deutschland erfordern und daß bis zum Ende des Jahres 1918 weder in den Kreisen selbst, noch auch in Belgien jemals Bestrebungen bemerkbar geworden sind, die auf einen Anschluß der Gebiete an Belgien hingezielt hätten, so wird man mit Fug und Recht in den angegebenen Zahlen den besten Beweis dafür erblicken dürfen, daß die Volksbefragung den wahren Willen der Bevölkerung nicht zum Ausdruck gebracht hat.

Diesem Tatbestande gegenüber erinnert die Deutsche Regierung erneut daran, daß die Alliierten Mächte in ihrer Note vom 16. Juni 1919 feierlich versichert haben, daß keine Gebietsübertragung an Belgien stattfinden solle, die nicht das Ergebnis einer Entscheidung der Bevölkerung sei, und daß diese Entscheidung unter Bedingungen eingeholt werden solle, die die volle Abstimmungsfreiheit gewährleisten. Diesen Versicherungen haben die belgischen Behörden zuwidergehandelt und darüber hinaus den Friedensvertrag verletzt, indem sie die Ausübung eines vertraglich gewährleisteten Rechtes tatsächlich unmöglich machten. Gestützt auf diese Tatsachen, bittet die Deutsche Regierung den Völkerbund, die unter belgischer Leitung erfolgte Volksbefragung für ungültig zu erklären und Maßnahmen zu treffen, durch die der Bevölkerung die Möglichkeit einer wahrhaft freien, unbeeinflußten Willensäußerung gegeben wird. Nach Ansicht der Deutschen Regierung kann dies auf Grund der vorliegenden Erfahrungen nur dadurch geschehen, daß der Völkerbund selbst die Volksbefragung in die Hand nimmt."

Im dem der Note beigefügten Weißbuch sind etwa 70 Zuschriften und Zeugenaussagen wiedergegeben, aus denen sich ein anschauliches Bild darüber ergibt, wie die Volksbefragung in Eupen und Malmedy durch die belgischen Behörden verhindert worden ist.

### Die Entlassungen aus der Reichswehr

b. Berlin, 13. September. (Eig. Drahtbericht.) Bis 10. September waren 75 000 Mann und Offiziere der Reichswehr entlassen bzw. gekündigt worden, um das Abkommen von Spa durchzuführen. Bis 30. September sind noch 42 000 Entlassungen vorgesehen. General Nollet überzeugte sich persönlich im Reichswehrministerium von der loyal durchgeführten Entwaffnung.

*

### Die Genfer Konferenz

b. Berlin, 13. September. (Eig. Drahtbericht.) An amtlichen Stellen liegen keine direkten oder indirekten Nachrichten vor, daß die Entente die Deutschen in Genf nicht zu den Verhandlungen zuzuziehen gedenkt. Die Pariser Nachrichten werden in dieser Form als nicht zutreffend gehalten. In der letzten Sitzung des Reichskabinetts wurden die deutschen Anträge für die Genfer Konferenz beraten. Die Anträge sollen nach Paris nur abgehen, wenn vorher die Einladung für die Genfer Konferenz in Berlin überreicht worden ist.

*

### Der sabotierte Völkerbund

Paris, 13. September. (Eig. Drahtbericht.) Das belgisch-französische Militärabkommen wäre nach Artikel 18 des Friedensvertrages dem Sekretariat des Völkerbundes zur Registrierung vorzulegen. Belgien und Frankreich hat jetzt dem Völkerbund eine Note zugehen lassen, in der sie diese Registrierung für überflüssig erklären, da es sich lediglich um ein Abkommen der beiden Armeeleitungen handle.

### Der indische Nationalkongreß

× London, 13. September. „Times" melden aus Kalkutta, daß der indische Nationalkongreß das Programm von Gandhi, in dem gefordert wird, daß keine Zusammenarbeit mit den englischen Behörden mehr stattfinden solle, angenommen hat. Das Programm umfaßt ferner folgende Forderungen: Abschaffung aller Titel und Ehrenzeichen, Boykott fremder Waren und Zurückziehung der Kinder aus den Knabenmittelschulen.

## Die Lage in Oberschlesien

+ Oppeln, 13. September. (Eig. Drahtbericht.) Wir erfahren von maßgebender Stelle, daß die Lage weiterhin Besorgnis erregend ist. Im Kreise Pleß sind die Verhältnisse unverändert. Zwar sind in Nikolai noch zwei und in Lazisk noch eine italienische Kompagnie, doch können diese nicht eingesetzt werden, da die Genehmigung von der interalliierten Kommission hierzu noch nicht gegeben ist. Gendarmerie fehlt vollständig und die bewaffneten polnischen Elemente können selbst von Unparteiischen nicht als Sicherheitsorgane bezeichnet werden. Infolgedessen ist die Unsicherheit in diesen Kreisen weiterhin besonders groß. In Myslowitz hat nach Aufhebung des Belagerungszustandes sogleich eine Versammlung der Polen stattgefunden, die ähnlich lautende Beschlüsse faßte, wie die polnischen Versammlungen in Schoppinitz. Die Polen haben von neuem Przelaika und Baingow besetzt. Letzteres ist vollständig abgesperrt und nach Przelaika werden nur solche Passanten zugelassen, die sich im Besitze eines polnischen Ausweises befinden. Nach den neuesten Meldungen, die aus den ländlichen Kreisen hier eingelaufen sind, gestaltet sich auch für Oppeln die Lage sehr ernst.

*

### Der Breslauer Zwischenfall

b. Berlin, 13. September. (Eig. Drahtbericht.) Nach Mitteilung aus der französischen Botschaft ist an die deutsche Regierung eine neue Erinnerung betreffs Ermittlung und Bestrafung der Teilnehmer an der Zerstörung des französischen Konsulats in Breslau übermittelt worden. Die Wiedereröffnung des Konsulats soll in der übernächsten Woche erfolgen. Ueber die militärische Ehrung der Trikolore durch die Reichswehr werden die Einzelheiten zwischen dem französischen Botschafter und Herrn Dr. Simons in den nächsten Tagen festgelegt.

*

### Urteile des interalliierten Gerichts in Kattowitz

Vor dem außerordentlichen interalliierten Gericht für Kattowitz-Stadt und -Land wurde in den letzten Tagen eine Reihe von Aufruhrprozessen verhandelt. Ein Angeklagter erhielt fünfzehn Jahre Zuchthaus, weil aus seiner Wohnung auf französische Truppen geschossen worden war. Weiter wurde von dem Gericht erkannt wegen Teilnahme am Aufruhr mit Waffen auf zwei Jahre Gefängnis, wegen Plünderns auf zwei Jahre Zuchthaus, wegen des Besitzes gestohlener Gegenstände auf sechs Monate, wegen Uebertretens des Waffenverbotes auf vier Monate und wegen Fahnenflucht auf ein Jahr Gefängnis.

## Ungarn und Oesterreich

Die „Wiener Politische Korrespondenz" veröffentlicht eine Unterredung des Wiener Korrespondenten des ungarischen Blattes „Az Est" mit dem Staatskanzler Dr. Renner, der darauf hinwies, daß trotz aller unleugbaren Unterschiede, die sich einer Verständigung der beiden Nachbarstaaten hemmend in den Weg stellen wollten, an einer Verständigung gearbeitet werden müsse. Auf Deutsch-Westungarn könne jedoch kein österreichischer Staatsmann verzichten. Oesterreich werde sich in keinen wie immer gearteten Konflikt verwickeln lassen, ebensowenig für wie gegen Ungarn. Auch der Staatsform Ungarns stehe man in Wien mit vollster Sachlichkeit gegenüber. Ungarn möge sich einen Monarchen bestellen. Nur eines werde und müsse ausgeschlossen sein, daß Ungarn direkt oder indirekt für Oesterreich den Monarchen zu bestellen versuche.

Die Besorgnis vor ungarischen Uebergriffen, die sich in diesen Aeußerungen Dr. Renners ausspricht, erhält eine deutlichere Unterstreichung durch folgende Mitteilung unsres Wiener Korrespondenten:

id. Wien, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Seit Wochen laufen Gerüchte um über bevorstehende Manöver ungarischer Truppenkörper an der österreichischen Grenze, die vor einer Woche von der ungarischen Regierung dementiert wurden. Heute meldet die „Arbeiterzeitung", daß seit gestern ein ganzes Armeekorps in Westungarn konzentriert ist zu Manövern unter Horthys Oberleitung. Seit der Waffenruhe ist dieses das erste große Manöver in Europa. Die „Arbeiterzeitung" sagt: Ungarn wolle den Krieg, und diese Manöver an der österreichischen Grenze seien der Auftakt zum Kriege.

Die Meldung von den Manövern wird an zuständiger Stelle bestätigt.

Hoffen wir, daß trotz aller nationalen Ueberspannung Ungarn sich doch noch besinnt und seinen Ehrgeiz nach neuen kriegerischen „Erfolgen" zurückstellt. Verlangen aber muß man, daß die Entente energische Maßnahmen trifft, daß das im Vertrag von Neuilly Oesterreich zugesprochene Deutsch-Westungarn, das sogenannte Burgenländchen, auch tatsächlich dem österreichischen Staate angegliedert wird.

### An der Adria

× Triest, 13. September. Agencia Stefani meldet: Die italienfeindlichen Kundgebungen der Slawen haben sich verstärkt. Neuerdings fanden im Stadtteil San Giacomo Straßenkämpfe statt; Barrikaden wurden errichtet, die vom einfahrenden Militär bald zerstört wurden. Das Militär gab drei Kanonenschüsse ab; drei Personen wurden getötet. Etwa 100 Personen wurden verhaftet. Inzwischen ist die Arbeit wiederaufgenommen worden.

× Paris, 13. September. Havas meldet aus Fiume, daß der Nationalrat, nachdem er d'Annunzio sein Mißtrauen ausgesprochen hatte, zurückgetreten sei, weil er sich nur für ermächtigt hielt, einer Annektion Fiumes durch Italien zuzustimmen, während die Proklamation des Freistaates nicht seiner Ansicht entspreche.

## Der Krieg im Osten

Die Kampfhandlungen an der russisch-polnischen Front sind seit der neuaufgenommenen Offensive des russischen Heeres wieder in ein ernsteres Stadium getreten. Der Warschauer Heeresbericht meldet verschiedene polnische Schlappe am Bug. Er lautet:

× Warschau, 13. September. Im polnischen Heeresbericht vom 12. d. M. heißt es: Zwischen Kamionka und Bužk gelang es dem Feinde nach heftigem Kampfe, den Bug zu überschreiten und gleichzeitig Bužk von West und Ost her anzugreifen. Dank der heldenmütigen Verteidigung der dort liegenden polnischen Abteilungen wurden die Bolschewisten wieder vertrieben. Polnische Truppen haben nach hartem Kampfe Rohatyn besetzt. Die Polen sind nunmehr im Besitz der Gnila-Lipa-Linie.

An der litauisch-polnischen Front haben die Polen im weiteren Vormarsch die Ortschaften Seiny und Krasnopol besetzt.

Auch im Südosten haben die Kämpfe erneut eingesetzt. Reuter meldet darüber aus Konstantinopel:

× Konstantinopel, 13. September. General Wrangel meldet heftige Kämpfe bei Kologi in der Gegend von Jekaterinoslaw. Eine ganze Rote Brigade wurde einschließlich des Stabes und des Trains gefangengenommen.

Ueber die Rigaer Zusammenkunft verlautet noch immer nichts Endgültiges. Havas berichtet zwar, daß die russisch-ukrainische Friedensdelegation am Freitag nach Riga abgefahren sei. Anderseits teilt uns ein Warschauer Telegramm mit:

Warschau, 13. September. (Eig. Drahtbericht.) Auch heute steht noch nicht fest, ob die polnische Friedensdelegation wirklich abreisen wird. Die für gestern vorgesehene Bestätigung der in der interministeriellen Kommission festgesetzten grundsätzlichen Friedensbedingungen durch den Rat der nationalen Verteidigung konnte nicht erfolgen, da sich Staatschef Pilsudski an die Front begeben hat.

Die Frontreise Pilsudskis dürfte mit den in letzter Zeit von den Nationaldemokraten gegen ihn gerichteten heftigen Angriffe zusammenhängen. Es scheint danach, daß Staatschef Pilsudski infolge dieser Angriffe gegen seine Politik der Mäßigung an der endgültigen Entscheidung über die Friedensbedingungen nicht mitwirken will. Damit wäre dem Chauvinismus der Nationaldemokraten Tür und Tor geöffnet. Ob es dann sobald zu einem Frieden mit Rußland kommen wird, ist sehr zweifelhaft.

*

### Der litauisch-polnische Konflikt

Warschau, 13. September. (Eig. Drahtbericht.) Auf die litauische Note an Polen, die Truppen aus dem Gebiet von Suwalki zurückzuziehen und in einer Konferenz die litauischen Streitfragen zu besprechen, hat die polnische Regierung jetzt geantwortet. In dieser Antwortnote heißt es, daß einwandfrei festgestellt sei, daß die litauische Regierung Polen gegenüber die Neutralität verletzt habe, indem sie durch ihre Armee polnisches Gebiet besetzte, einen Teil der aus Ostpreußen weichenden russischen Armeen in Litauen durchziehen ließ, ohne sie zu entwaffnen und zu internieren, sondern im Gegenteil die Sowjettruppen in ihrem Abwehrkampf gegen die heranrückenden Polen unterstützte. Durch diesen eklatanten Neutralitätsbruch sei die polnische Regierung in eine schwierige Lage geraten, aber trotzdem bereit, Verhandlungen aufzunehmen unter der Bedingung, daß keine neue Demarkationslinie festgesetzt werde, da diese durch den Obersten Rat bestimmt sei. Weiter müsse sich Litauen zur vollkommenen Neutralität im Kriege zwischen Polen und Sowjetrußland verpflichten. Polen würde es als einen Neutralitätsbruch ansehen und behandeln, wenn die Rote Armee durch Litauen marschiere oder litauisches Gebiet als Basis benutzen würde. Die polnische Regierung verwahrt sich schließlich nochmals gegen die Verletzung ihrer Gebiete, um so mehr, als sie das Gefühl ehrlicher Freundschaft als Grundlage für die Verhandlungen ansieht.

*

### Kamenew und Krassin

* London, 13. September. Der Führer der russischen Abordnung Kamenew hat London am Sonnabend verlassen, um nach Rußland zurückzukehren. Krassin ist in London geblieben. Man rechnet auch mit der späteren Rückkehr Kamenews. Mit diesem hatte Lloyd George vor seiner Abreise noch eine Unterredung, in der er sich über die Propaganda beschwerte, die die russischen Abgeordneten in London betrieben haben.

*

### Die tschechischen Eisenbahner boykottieren Polen

Prag, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) In einer an die Regierung gerichteten Kundgebung der tschechisch-deutschen Föderation der Eisenbahner heißt es, daß täglich nach Polen Kriegsgerät geschmuggelt werde, und zwar in besonderen Wagen, die Plakate mit der Britischen Flagge tragen und mit der Aufschrift versehen sind, daß sie unter dem Schutze einer englischen Gesellschaft stehen. Die tschechischen Eisenbahner haben deshalb beschlossen, den vollständigen Boykott Polens zu proklamieren und auf die Eisenbahnerorganisationen der Nachbarstaaten hinzuwirken, daß sie sich ebenfalls dem Boykott anschließen.

## Produktive Erwerbslosenfürsorge

Von Generalleutnant z. D. Otto Löffler

Das Elend der Erwerbslosenfrage in den großen Städten beleuchtet die verhängnisvolle Abhängigkeit des Arbeiterdaseins von dem Lohne und seinen Schwankungen durch Arbeitsgelegenheit und Geldwert. Die ganze Frage hat sich zu einer Art Gespenst für das Gemeindeleben, die Gemeindewirtschaft und die öffentliche Ordnung in den großen Städten ausgewachsen. Die entsittlichenden und für die Volkswirtschaft kraftvergeudenden Wirkungen der Fürsorge ohne Gegenleistungen liegen offen zutage. Produktive Erwerbslosenfürsorge ist ein Fragstück des Tages und fast ein Schlagwort geworden.

Man hat sie schon auf verschiedenen Wegen versucht. Der nächstliegende und älteste sind sogenannte öffentliche Notstandsarbeiten. Sie haben nur in Ausnahmefällen ein erfreuliches Ergebnis gehabt. Die Notwendigkeit, irgend etwas mit unvorbereiteten Arbeitskräften schnell anfangen zu müssen, trägt die Gefahr zwecklosen Unterbringens der Zeit in überflüssigen Unternehmungen in sich. Das Bewußtsein, vorübergehend arbeiten zu müssen, nur um für die Unterstützung beschäftigt zu sein, wirkt verheerend auf die Leistungen. Neben die Ausgabe von Geld tritt die Vergeudung von Stoffen. Während der französischen Revolution ist es keine Seltenheit gewesen, daß die Beseitigung früherer Notstandsarbeiten den Gegenstand neuer gebildet hat.

In unserer Krisis sehen wir den Versuch, notleidend werdende Industrien ganzer Bezirke zur Verhütung der Betriebseinstellung zu stützen, um das Werden von Arbeitslosen hintanzuhalten. Das Eingreifen bei den Pirmasenser Schuhfabriken liefert ein Beispiel. Es hat anscheinend nicht befriedigt. Ob eine andre Art des Verfahrens die Unzulänglichkeiten vermeidbar macht, müßten Erfahrungen lehren.

Es gibt einen vorläufig noch nicht betretenen Weg produktiver Erwerbslosenunterstützung. An Stelle öffentlicher unnützer Notstandsarbeiten oder zur Ergänzung solcher, für die ein Bedürfnis besteht, läßt sich ein Unternehmen im privaten Eigeninteresse der einzelnen Erwerbslosen in Gang bringen. Es versteht sich von selbst, daß ein solches Unternehmen gleichzeitig einem öffentlichen Bedürfnisse gerecht werden muß.

Beide Bedingungen werden durch genossenschaftliche Siedlung Erwerbsloser auf der Grundlage der Selbsthilfe, der Schumacherschen Siedlungsart, erreicht. Wie sehr das Werk im öffentlichen Interesse liegt, wie es den Siedler auf eine andre Grundlage gegenüber künftigen Verdienstschwankungen stellt, darüber ist schon so viel geredet und geschrieben, daß hier nicht weiter darauf eingegangen werden soll. Das öffentliche Interesse begründet sich durch den Einfluß auf die Wohnungsnot und durch die soziale Wirkung der Siedlungsarbeit.

Die Schwierigkeiten und Bedenken, die dagegen bestehen, werden nicht verkannt. Zunächst schreckt die Geldfrage. Die muß sich aber überwinden lassen. Denn sicher ist es besser, lieber noch höhere Aufwendungen zu machen, mit denen greifbare Werte und ein sicheres Pfand geschaffen werden, als solche Summen wie bisher für die Fürsorge rein wegzugeben und nur zu verbrauchen. Gewichtigere Bedenken wirft die Tatsache auf, daß die Arbeitslosen im allgemeinen kaum den Durchschnitt an Wert erreichen. Denn wo nicht die Schließung ganzer Betriebe geschlossene Gruppen des Verdienstes beraubt hat, sind es bei Einzelabschiebungen doch in der Regel die Minderwertigen und die Auffälligen, die getroffen werden. Sie bilden die schlechteste Grundlage für hingebende Genossenschaftsarbeit, wie sie die Selbsthilfesiedlung verlangt. Immerhin werden sich Gruppen in jeder größeren Stadt zusammenbringen lassen, wenn die richtige Aufklärung und Leitung einsetzt. Dann verlieren die abseits Bleibenden den wirksamsten Agitationsstoff, der in der Behauptung liegt, arbeiten zu wollen und keine Möglichkeit zu finden. Jedem Vorbringen solcher Klage kann der Hinweis auf die Siedler entgegengehalten werden mit der Mahnung: Gehet hin und tut desgleichen. Man muß wünschen, daß sich Städte finden, die an die Frage herantreten. Eine sofortige äußere Wirkung und eine allgemeine lassen sich natürlich nicht erreichen. Will man aber den Beginn der nächsten Baugeit schon benützen und ist man mit einer eindringlichen Teilwirkung zufrieden, so darf keine Zeit verloren werden. Der Versuch lohnt sich.

### Kraftfutter anstatt Milchkühe

Wir berichteten, daß im Reichsernährungsministerium nunmehr die Einfuhr von 2000 amerikanischen Milchkühen freigegeben worden sei. Dies wird durch die heutigen Wolffmeldungen bestätigt, jedoch zur Beseitigung von Irrtümern aus offiziöser Quelle hinzugefügt, daß von 100 000 Kühen niemals die Rede gewesen sei. (Warum hat man dann diese Meldung gehen lassen und sie in all den Wochen nicht richtiggestellt? Die Red.?) In Wirklichkeit sind nur 2500 Kühe gestiftet worden. Sie befinden sich noch in den Ställen der amerikanischen Farmer und sollen Anfang Oktober, mit dem erforderlichen Kraftfutter für vier Monate versehen, ab Port Galveston verschifft werden. Die bisherigen Verzögerungen in der Durchführung des Angebotes hätten auf den Schwierigkeiten bei Beschaffung des Schiffsraumes beruht. Um Verluste möglichst zu vermeiden, wolle man amerikanische Spezialschiffe verwenden, wenn sie auch etwas teurer seien, als das Angebot vom Roten Kreuz, das übrigens erst am 7. September 1920 in Berlin eingelaufen sei. Die weiteren Besprechungen mit den amerikanischen Referenten gehen aber nun darauf hinaus, sie davon zu überzeugen, daß zur Auffrischung unsres gelichteten Viehstandes in erster Linie Kraftfutter nötig sei. Die Amerikaner wollen sich anscheinend dieser Meinung anschließen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200914/1